



Antrag	
der Fraktion SPD	
AT-62 a-1/21-26	
Datum	10.02.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	10.02.2022	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	01.03.2022	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	10.03.2022	beschließend

Betreff:

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2022 - AT 62 a-1/21-26 - zum Antrag der Fraktionen CDU, FDP-PLUS, Die Grünen/Linke Liste Soli und SPD vom 27.01.2022 - Antrag Nr. 62 a/21-26 - Weiteres Vorgehen zum Prozess Entwicklung der freiwerdenden Opel-Flächen

Beschlusstext:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Zum Antrag Nr. 62 a/21-26 der Fraktionen CDU, FDP-PLUS, Die Grünen/Linke Liste Soli und SPD vom 27.01.2022 liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2022 – AT 62 a-1/21-26 – vor.

Im Laufe der Diskussion teilt Herr Stadtv. Karakaya für die SPD-Fraktion mit, dass der Ergänzungsantrag in die nächste Sitzungsrunde verschoben werden soll. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung einverstanden.

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Stadtv. Karakaya begründet den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2022. Herr Stadtrat Kraft gibt ergänzend einen Sachstandsbericht zu den aktuellen Entwicklungen und dem weiteren Vorgehen.

Auf die Bitte des Stadtv. Karakaya berichtet Herr Laubscheer über entsprechende Erfahrungen im Hinblick auf die Entwicklung freiwerdender Industrieflächen in Raunheim und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Übrigen wird der Antrag kontrovers diskutiert. Da der Vorsitzende für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf anmeldet, erfolgt keine Abstimmung.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Stadtv. Karakaya teilt für die SPD-Fraktion mit, dass unter Pkt. 3. des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion der erste Satz beibehalten und der 2. Satz gestrichen wird.

Es wird Einzelabstimmung zu den Punkten 1. bis 4. des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion beantragt.

Abstimmung über Pkt. 1. des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion vom 10.02.2022 – AT 62 a-1/21-26:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 32 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt:

1. Stellantis sind, unabhängig vom Bieterverfahren, umfänglich die Rahmenbedingungen für einen Kauf seitens der Stadt zu vermitteln.

Hierbei sind alle Aspekte der städtischen Hoheit über das Planungsrecht, der seitens der Stadt gewährleisteten Interessenberücksichtigung Opels bei der Flächenentwicklung sowie die Perspektiven einer beschleunigten Abwicklung beim Kauf durch die Stadt Rüsselsheim zu erläutern.“

Auf Nachfrage von Herrn Stadtv. Vorsteher Grode wird über die Punkte 2. bis 4. des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion en block abgestimmt.

Abstimmung über Pkt. 2., Pkt. 3 und Pkt. 4 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion vom 10.02.2022 – AT 62 a-1/21-26:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 32 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt:

2. Um potentielle Fehlentwicklungen auf den Flächen im Verkaufsfall an einen Dritten abzuwenden, soll der Magistrat gegenüber der STV mögliche Instrumente aufzeigen und bewerten. Hierzu zählen im Besonderen a) Vorkaufsrechtssatzungen, b) städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und c) frühzeitige Erlassung einer Veränderungssperre in Zusammenhang mit einem Aufstellungsbeschluss für die Bauleitplanung.

3. An den Gesprächen mit Stellantis sind Akteure zu beteiligen, die über entsprechende Erfahrungen beim Ankauf und der Entwicklung von gewerblichen Altflächen verfügen.

4. Die Stadtverordnetenversammlung ist (nichtöffentlich) vor Ablauf des Bieterverfahrens über das Ergebnis der Beratungen mit Stellantis zu informieren.“

Rüsselsheim am Main, den 10.03.2022

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher